

BmU - Rechenschaftsbericht 2005

Vorgelegt zur Jahreshauptversammlung 2005

Mit 51 Mitgliedern hat die *BmU* nach wie vor einen insgesamt wenig veränderten Mitgliedsbestand, der ihrem Anspruch, die Meinungsführerschaft in Erkrath übernehmen zu wollen, nicht gerecht wird. Der Zuwachs um 8 neue Mitglieder allein im Januar und Februar 2005 ist umso erfreulicher.

Das Jahr 2004 stand unter dem Eindruck der Kommunalwahl 2004 und des Wahlkampfes. Mit 9,3 % der Wählerstimmen erreichte die *BmU* das beste Ergebnis, das in Erkrath jemals eine Unabhängige Wählergemeinschaft erreicht hat. Dieses Wahlergebnis macht erneut deutlich, dass nur langjährige Arbeit mit persönlichem Einsatz in einzelnen Wahlkreisen zum Erfolg führt.

Dazu kommt die Erkenntnis, dass kein Programm eines Konkurrenten sich in den Diskussionen des Wahlkampfes wie im Alltag der Ratsarbeit so bewährt wie unser Programm. Mit unseren inhaltlichen Ansätzen konnten wir in allen Debatten an den Infoständen und in den wenigen Veranstaltungen des Wahlkampfes Interesse wecken.

Der anhaltenden Wirtschaftskrise folgt – das ist für das Nachkriegsdeutschland der Konjunkturwellen neu – eine anhaltende, sich selbst verschärfende Krise der sozialen Sicherungssysteme. In der Geburtsstunde der *BmU* stand die Idee Pate, Erkrath als Kommune auf diese Situation mit rechtzeitigen Konsolidierungsbemühungen einzustellen. Die Parteien verstehen sich immer noch als Akteure eines Verteilungswettkampfes (dafür ist das neue Hallenbad am falschen Ort ein Beton gewordenes Denkmal), mit dem Ergebnis, dass die Nachhaltigkeit der Finanzen Erkraths zerstört ist und der Ausverkauf weiterer Freiflächen ansteht. Die geplante Aufgabe von 52 planungsrechtlich gesicherten Kinderspielplätzen in Erkrath ist nur lauer Vorbote einer falschen Politik. Wer sich auf eine vergreisende Stadt vorbereiten will, muss genau so handeln. Es spricht Vieles für die Annahme, dass die Finanzkrise und die soziale Krise sich langfristig zu partiellen sozialen Unruhen und eine gesamtgesellschaftliche Krise steigern werden. Unser Modell des städtischen Lebens als Nachbarschaftsgemeinschaft ist das einzige Modell, das auf die Fragen der Zukunft eine Antwort wenigstens versucht. Erkrath braucht dringend das von uns geforderte Stadtentwicklungskonzept.

Trotzdem blieben mit dem Wahlergebnis 2004 die alten politischen Mehrheitsverhältnisse erhalten. Wir haben mit unseren personellen und finanziellen

Möglichkeiten zu wenig Wählerinnen und Wähler erreicht. Zwar hat die CDU ihre absolute Mehrheit verloren, aber mit den FDP-Ratsmitgliedern hat die CDU linientreue Parteigänger.

Mit dem Versuch, durch die Wahl der 15er statt der 13er Ausschüsse im Stadtrat wieder die absolute Mehrheit der CDU trotz des Wahlergebnisses einzuführen, hat die CDU die *BmU* in die Listenverbindung mit Grünen und SPD gezwungen. Eine Verbindung, der wir immerhin einen zweiten Sitz im Planungs- Verkehr- und Umweltausschuss verdanken.

Der neue Rat bietet das gleiche Bild wie der alte Rat. Anträge der *BmU* werden im Kern von der CDU fast reflexartig abgelehnt (Beispiel: Antrag der *BmU* zur Korruptionsbekämpfung).

Ein "Nebenprodukt" des Kommunalwahlkampfes war, dass erstmals Unabhängige aus Erkrath einen Kreistagsabgeordneten stellen und die Unabhängige Wählergemeinschaft des Kreises Mettmann mit fünf Mandaten eindeutig Fraktionsstärke erreichte. Eine Ernte, die nach Jahrzehnten der Mitarbeit der *BmU* in der Kreiswählergemeinschaft verdient war.

Dieser Erfolg verstellt jedoch den Blick auf die personellen Probleme der *BmU* nicht: Vorsitzender der Wählervereinigung, Vorsitzender der Ratsfraktion und Kreistagsabgeordneter sind mit Bernhard Osterwind in einer Person vereinigt. Aus den Reihen des Vorstandes hat sich bisher niemand gefunden, die Aufgabe des Vorsitzenden zu übernehmen, gleichwohl dieses Amt, wie auch das Amt des Schatzmeisters, mit hinreichender Aussicht auf Erfolg nur von Mitgliedern mit Erfahrung im kommunalpolitischen Alltag ausgefüllt werden können.

Umso dringlicher soll an dieser Stelle aufgerufen werden, dass sich die Mitglieder in die praktische Arbeit einbringen und z.B. auch sich für ein Vorstandsamt bewerben, auch um sich in Führungspositionen einzuarbeiten. Alle Vorstandsmitglieder führen hier gerne vorbereitende Gespräche. Die *BmU* braucht den Generationswechsel.

Die Arbeit der *BmU* ist für Erkrath unverzichtbar. Wir wollen auch in diesem Jahr wieder einen politischen Schwerpunkt setzen. Dazu wurden im Vorstand vier Themen diskutiert:

Streichung von 52 Kinderspielplätzen

Fortsetzung der Aktion gerechte Fernwärmepreise

Fortsetzung der Aktion Störmelder

Aktion für gerechte Gasgebühren.

Auf der Jahreshauptversammlung wollen wir darüber diskutieren. Gerne können andere Themen benannt werden. In jedem Fall soll es sich um eine umfangreichere ergebnisorientierte Kampagne nach den bewährten Vorbildern handeln. Die Beschränkung auf eine Kampagne ergibt sich aus den personellen und finanziellen Möglichkeiten der *BmU-Fraktion*.

Vor allem in Alt-Erkrath kann die *BmU-Fraktion* mit der Planung von Pose-Marré die Entwicklung eines der letzten großen Flächen in Innenstadtnähe begleiten. Wir haben hier mit dem Werkstattverfahren ein qualitativ sehr hochwertiges Verfahren mit exzellenten Ergebnissen erlebt. Zu gut für Erkrath: die CDU hat umgehend einen Teil des Konzeptes mit ihren Beschlüssen beschnitten.

In diesem Zusammenhang ist an die Forderung der *BmU* zu erinnern, dass unbedingt für Alt-Erkrath die Südtrasse entlang der Bahn zu bauen ist. Eine Idee, welche von den Parteien komplett abgelehnt wird. Mit dem Geld, das die Parteien für das Neandertalmuseum in diesem Jahr bereitgelegt haben (500.000 €), wäre der städtische Anteil an der Trasse schon zu 25% bezahlt.

Beim Straßenbau hat der Stadtrat in Fragen wie L 403n und Heinrich-Heine Straße letztlich versagt. Dass Gerichte keine geeigneten Reparaturinstanzen politischer Fehlentscheidungen sind, zeigen diese Fälle gemeinsam. Wenn die Bürger mehr Qualität im Rathaus wollen, müssen mehr qualifizierte Bürgerinnen und Bürger initiativ werden. Kommunale Selbstverwaltung hat etwas mit "selber" - machen zu tun.

Unsere warnenden Rufe vor den Folgen der Undichtigkeit der Hubbelrather Deponie verhallen bisher ungehört. Auch hier wird die *BmU* so rasch wie möglich neue Initiativen ergreifen müssen.

Abgeschlossen wird dieser Bericht mit dem Hinweis auf die vergeblichen Versuche der *BmU*, durch Anträge im Bereich Müllentsorgung und Friedhofswesen die Gebührenentwicklung für die Bürger unter Kontrolle zu halten.

Erkrath, 10.04.2005

gez. Bernhard Osterwind